



Raphael Tigges

MITGLIED DES LANDTAGS NORDRHEIN-WESTFALEN



Bericht aus dem Landtag in Düsseldorf

Sehr geehrte Damen und Herren,

diese Woche kam der Landtag von Mittwoch bis Freitag zur 45., 46. und 47. Plenarsitzung zusammen.

Der Plenartag am Mittwoch begann mit einem fraktionsübergreifenden Antrag von CDU, Grüne, SPD und FDP zur Solidarität mit Israel und zur Bekämpfung von Antisemitismus in NRW. Weitere Themen des ersten Tages waren die Stärkung des Wirtschaftsstandorts Nordrhein-Westfalen sowie die Auswirkungen von Künstlicher Intelligenz auf Kunst und Kultur im Land.

Am Donnerstag diskutierte der Landtag unter anderem das Thema Working Spaces 2.0 als dezentrale Arbeitsplätze für Beschäftigte des Landes. Spannend war außerdem die Diskussion zum Gesetzesentwurf der Landesregierung zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge.

Der letzte Plenartag stand im Zeichen der Menschenrechte, denn die Regierungsfractionen brachten einen Antrag für eine Aktionswoche ein.

Eine Übersicht über alle Themen der Woche finden Sie unter: www.landtag.nrw.de/home/aktuelles

*Herzliche Grüße und eine schöne Herbstzeit
Ihr Raphael Tigges*

Stärkung des Wirtschaftsstandortes Nordrhein-Westfalen

Am Mittwoch befasste sich der Landtag NRW mit einem Antrag von CDU und Grünen über die Stärkung der nordrhein-westfälischen Wirtschaft.

Eine starke Industrie ist die Basis für viele und gut bezahlte Arbeitsplätze, soziale Sicherheit und Wohlstand in unserem Bundesland. Brückenstrompreise sollen bei der Abfederung von hohen Energiekosten helfen, damit Energiekosten kein Standortnachteil sind und Schließung und Kapazitätsverlagerung in energieintensiven Branchen verhindert werden. Auch Planungs- und Genehmigungsverfahren müssen deutlich schneller, einfacher, digitaler und bürokratiearmer gestaltet werden,

Gespräch mit jüdischen Studierendenvertretern

Anlässlich des Antrags von Mittwoch „Solidarität mit Israel. Antisemitismus entschieden bekämpfen“, waren jüdische Studierendenvertreter im Landtag. Gemeinsam mit den Sprechern der Grünen, SPD und FDP und der Ministerin Ina Brandes haben wir uns vor der Antragsdiskussion zu einem Gespräch mit den Vertretern der Jüdischen Studierendenunion.

Zunächst ging es um Antisemitismus an Hochschulen in NRW und wie man dagegen vorgehen kann. Danach haben wir über Konzepte gesprochen, die erarbeitet werden sollten, damit sich Jüdische Studierende und Lehrende auf den Campi zu jeder Zeit sicher fühlen.

Wir stehen solidarisch an der Seite der israelischen Studierenden und entschlossen gegen Antisemitismus!



damit der Standort weiterhin attraktiv bleibt. Schließlich muss dafür gesorgt werden, dass möglichst zeitnah eine bedarfsgerechte Versorgung energieintensiver Unternehmen mit klimaneutralem Wasserstoff im gesamten Landesgebiet sichergestellt ist.

Die Landesregierung soll eine Politik verfolgen, die eine Vereinbarkeit von wettbewerbsfähiger Industrie und nachhaltigem Klimaschutz als zentrale Aufgabe hat. Sie soll sich dafür unter anderem für die Einführung eines Brückenstrompreises einsetzen und dafür sorgen, dass der bereits gestartete Bürokratieabbau weiterhin konsequent umgesetzt wird.



Raphael Tigges

MITGLIED DES LANDTAGS NORDRHEIN-WESTFALEN



Diskussionsrunde mit öffentlicher Besuchergruppe aus Gütersloh

Am Mittwochnachmittag stand für mich eine Diskussionsrunde mit Besuchern aus Gütersloh an.



Nachdem die Gruppe den Landtag besichtigt hatte und auf der Besuchertribüne eine Plenardebatte mitverfolgen konnte, stellte ich meine Arbeit als Abgeordneter und die aktuellen Themen vor. Schwerpunkte der anschließenden Diskussion waren der Antrag zur Solidarität mit Israel, die Gedenkstätte StaLag 236 und die aktuelle Debatte zum Landeshaushalt.

Wissenschaftliche Sprechertagung in Berlin

Gestartet habe ich meine Woche am Sonntag im Berliner Abgeordnetenhaus mit den wissenschaftlichen Sprechern der CDU-Fraktionen der anderen Bundesländer.

Auf der zweitägigen Konferenz haben wir unter anderem



auch ein Abschlusserklärung zur Stärkung der Wissenschaftsstandorte und mehr in Deutschland verabschiedet, politische Ideen ausgetauscht und uns untereinander kennengelernt.

Gesetz zur Abschaffung der Beiträge für den Ausbau kommunaler Straßen

Die Fraktionen im Landtag haben am Donnerstag das Gesetz zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge beraten und positiv abgestimmt.

Für Straßenausbaumaßnahmen, die seit 2018 beschlossen wurden, zahlen Anlieger längst keine Beiträge mehr, das Land übernimmt den Anteil der Anwohner. Das neue Gesetz untersagt den Kommunen, künftig überhaupt Gebühren für diese Baumaßnahmen zu erheben. Den früheren Anliegeranteil übernimmt dann auch das Land und auch den Städten und Gemeinden ersetzt das Land die ausbleibenden Einnahmen.

„Damit schaffen wir eine echte Entlastung in einer Zeit, in der Bürgerinnen und Bürger sie ganz besonders brauchen“, erklärte die Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung, Ina Scharrenbach, in ihrer Rede vor dem Parlament. Die endgültige Abschaffung der Straßenausbaubeiträge war ein zentrales Versprechen der schwarz-grünen Koalition.

Working Spaces 2.0: Dezentrale, wohnortnahe Arbeitsplätze für Beschäftigte des Landes

Die digitale Transformation der Arbeitswelt hat die Bedürfnisse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den vergangenen Jahren erheblich verändert. Working Space-Angebote wurden in den vergangenen Jahren zunehmend beliebter, denn hier finden Beschäftigte häufig eine kreativitätsfördernde Umgebung und moderne Ausstattung vor.

Nun soll das Land prüfen, welche Standorte— besonders im ländlichen Raum— sich am besten für die Errichtung solcher Spaces eignen. Dabei stehen der wirtschaftlich und gesellschaftlich Nutzen und die wirtschaftlich Umsetzung im Vordergrund. Anschließend sollen Pilotprojekte gestartet werden, um mittelfristig allen Beschäftigten des Landes und der landeseigenen Betriebe ein Wohnortnahes und modernes Arbeitsumfeld zu bieten, sofern keine dringenden betrieblichen Dinge dagegensprechen.